



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD**

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Förderung des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa Bayern e.V.)

(Kap. 10 07 TG 85)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird der Ansatz in der TG 85 (Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich) im Jahr 2019 von 2.520,5 Tsd. Euro um 26,6 Tsd. Euro auf 2.547,1 Tsd. Euro und im Jahr 2020 von 3.875,4 Tsd. Euro um 81,6 Tsd. Euro auf 3.957,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa Bayern e. V.) sind wichtige Säulen des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern. Um mit den Entwicklungen Schritt halten zu können, benötigen sie insbesondere einen personellen Aufwuchs im Bereich der Digitalisierung. Die LBE-Geschäftsstelle ist diesbezüglich bspw. mit knapp zwei Wochenstunden deutlich unterbesetzt. Professionelle Auftritte in sozialen Medien, Webinare o. ä. können somit nur schwer realisiert werden. Auch bei der lagfa wird das Thema digitaler kommunaler Plattformen (z. B. in der Nachbarschaftshilfe) immer virulenter. Umso notwendiger sind auch hier Ressourcen zur guten Beratung und zum Coaching der Mitgliedsorganisationen.

Das Ehrenamt ist insgesamt mit einem starken digitalen Wandel befasst, gerade was die Ansprache junger Zielgruppen anbelangt. Deshalb sind für LBE und lagfa jeweils eine zusätzliche halbe Stelle in der EGr. 12 vonnöten. Für das Jahr 2019 ergeben sich dadurch (bei Beginn am 1. September 2019) Kosten von 26,6 Tsd. Euro, für das Jahr 2020 81,6 Tsd. Euro.

Zur generellen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern liegt seitens der SPD-Landtagsfraktion ebenfalls ein Änderungsantrag vor.